

bar — wenn ich die Vorbemerkung von Hans Rothfels richtig verstehe — nicht zur Freude des Wissenschaftlichen Beirates des Institutes für Zeitgeschichte): Demokratie heißt für ihn (verkürzt wiedergegeben) nicht Integration durch Interessenverzicht und de-facto-Unterwerfung eines Teiles der Gesellschaft, sondern »eine Demokratisierung, in der soziale Emanzipation der Arbeiterschaft auch Anteil an der immer wieder politisch ausgemünzten wirtschaftlichen Macht« umfaßt (S. 12). Diese Option — so verspricht der Verfasser — solle ihn nicht dazu verleiten, »Probleme der Vergangenheit nachträglich zu lösen« (S. 12). Doch scheint er dennoch nicht einer Gefahr, die im Zusammenhang mit der Deklaration seiner Optionen und deren Inhalten steht, ganz zu entgehen: der Gefahr normativ intendierter Beurteilungen (was vor allem an der Kritik des katholischen Anti-Kapitalismus verdeutlicht werden könnte); der konkret-historische Bedingungsrahmen, in den auch die historisch-alternativen Kräfte der sozialistischen Arbeiterbewegung und deren Positionsbegrenzungen hätten einbezogen werden müssen, hätte gelegentlich stärker in die Analyse und in die ihr nachfolgenden Beurteilungen hineingenommen werden können. Diese relativierenden Momente vermögen m. E. die heuristisch sekundäre Konstatierung falschen Bewußtseins zu dem Versuch zu erweitern, herauszufinden, *warum* Menschen und Gruppen *genauso* dachten und handelten, *wie* sie dachten und handelten.

In diesem Zusammenhang steht noch ein anderes methodologisches Problem sozialgeschichtlicher Forschungsarbeit, das nicht befriedigend gelöst zu haben jedoch nicht das Problem des Verfassers allein ist. Um es etwas knapp und deshalb deutlich zu sagen: die Vermittlungsebene zwischen der Strukturanalyse der Aachener Region (Teil I) und den gesellschaftspolitischen Leitbildern des deutschen Katholizismus (Teil II) bleibt trotz allen Bemühens des Verfassers schemenhaft. Hierin drückt sich die methodische Schwierigkeit aus, die in der Rekonstruktion von Geschichtsprozessen, an denen Artikulationslose teilhaben, liegt: Schweigende Massen müssen vom Historiker nachträglich zu Subjekten der Geschichte gemacht werden. Das kann, vermittelt durch Substitute wie z. B. Trivialliteratur, systematische Auswertung von Zeitungsanzeigen, schichtspezifische Artikulationsfähige (z. B. Parteitagsdelegierte), versucht werden. Es wäre aber auch zu überlegen, wie vielleicht durch die Hinzufügung der sozialbiographischen Dimension, d. h. durch die Rekonstruktion von Lebensläufen (z. B. von Aufsteigern oder Absteigern), das bisher nur exemplarisch Genutzte zum paradigmatisch Verwendbaren erweitert werden könnte.

Doch das sind nicht die Probleme des Verfassers allein, der seine Ziele: a) zur Beantwortung der Frage beizutragen, »welchen politischen Standort katholische Kirche und Katholiken 1933 einnahmen«, und b) die Folgen des Versuchs aufzuzeigen, »praktische Politik mit scheinbar ewig gültigen (außergeschichtlichen) Kategorien zu betreiben« (S. 12 f.), inhaltlich und methodisch überzeugend erreicht hat und zudem ungeheuer viele Anregungen gibt, wie moderne Sozialgeschichtsschreibung zu verfahren hat.

Helga Grebing

Dieter Hertz-Eichenrode, Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919 bis 1930. Untersuchung eines Strukturproblems in der Weimarer Republik. Mit einer Einleitung von Hans Herzfeld (= Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, hrsg. von Otto Stammer, Bd. 23), Westdeutscher Verlag, Köln/Opladen 1969, XVI, 352 S., Ln., 68 DM.

Der Verfasser hat mit dieser Studie die Teilrealisierung eines Planes vorgelegt, den ursprünglich Gerhard Schulz, bis 1962 am Berliner Institut für Politische Wissenschaft tätig und seither Ordinarius für Zeitgeschichte an der Universität Tübingen, entwickelt hatte und vormals auch selber auszuführen gedachte. Von einer Teilrealisierung muß insofern gesprochen werden, als das zu Beginn konzipierte Vorhaben einer den gesamten

Zeitraum bis 1933 umfassenden Untersuchung aus arbeitsökonomischen Gründen nicht bewältigt werden konnte und sich Hertz-Eichenrode dafür entschied, mit dem Sturz der Regierung Müller-Franken und dem Anfang der Ära Brüning im Frühjahr 1930 zu schließen. Für die Beurteilung der Gesamtproblematik sei hier auf mehrere Abhandlungen Schulz' aus den 60er Jahren verwiesen, besonders auf seine Skizze »Die deutschen Ostgebiete. Zu ihrer historisch-politischen Lage« und den Aufsatz in der Brüning-Festschrift über die Vorgeschichte der Osthilfe.

Hertz-Eichenrode hat im wesentlichen auf der Basis reichhaltiger archivalischer Quellen, primär der im Geheimen Staatsarchiv lagernden preußischen Ministerialakten, extensive Detailforschung geleistet. Der Leser wird in maximaler Ausgiebigkeit über die politischen wie über die ökonomisch-sozialen Fakten und Trends eines Gebietes informiert, dessen immanente Strukturprobleme sich nach 1918/19 mit den territorialen und im engeren Sinne wirtschaftlichen Folgen des verlorenen Krieges zu einem singulären Konfliktstoff verdichteten, der unter Hinweis auf die »berufungslose Sonderlage« immer wieder bestätigt und auch bewußt geschürt wurde. Die Analyse der Selbstverwaltungsebenen in personeller und politisch-programmatischer Hinsicht, des Parteiwesens, der Heimatverbände, der landwirtschaftlichen pressure groups und anderer Plattformen des agrarischen Establishments führt zur wenigstens konturenhaften Präsentation von Ideologie und Mentalität der Großgrundbesitzerschicht, die ihren Interessenegoismus in nationalkonservativer Verkleidung und durch Ausnutzung der Streitigkeiten zwischen Preußen und Reich über Kompetenzen und materielle Möglichkeiten durchzusetzen suchte. Einen breiten Raum nimmt die Darstellung der diversen staatlichen Förderungsmaßnahmen ein, besonders der Ostpreußenhilfe von 1928/29, mit der die bisherige Verzettelung der Mittel abgelöst und die Landwirtschaft über eine großzügige Umschuldungsaktion saniert werden sollte. Diesem Engagement der Berliner Regierungen lagen indessen nicht allein rational-ökonomische Überlegungen, sondern auch nationalpolitische Stabilisierungsabsichten zugrunde. Daraus folgte, daß abermals nicht eine weit ausgreifende strukturpolitische Erneuerung begann, sondern wiederum lediglich eine staatliche Subvention, die den wirtschaftlich-sozialen Status quo kurzfristig kräftigte und die Offenlegung der Übel verzögerte, ohne deren Ursachen effektiv zu bekämpfen.

Die Untersuchung zeichnet sich durch eine dichte Fülle von Tatsachen, Zahlen und Daten aus. Oft jedoch läuft der Autor Gefahr, sich im Gewirr der Einzelinformationen zu verstricken und die Notwendigkeit einer konzentrierten analytischen und darstellungstechnischen Verarbeitung der Details zu übersehen. Akzentverschiebungen, Wandlungen und Kontinuitäten werden deshalb nicht hinreichend deutlich. Das Unvermögen, nach der Referierung vieler Einzelheiten jeweils behutsam generalisierend zusammenzufassen und die sozialgeschichtlichen Haupttendenzen klar herauszuarbeiten, ist eklatant.

Kurt Klotzbach

Peter Wulf, Die politische Haltung des schleswig-holsteinischen Handwerks 1928—1932 (= Abhandlungen zur Mittelstandsforschung, Nr. 40), Westdeutscher Verlag, Köln/Opladen 1969, 160 S., kart., 27,60 DM.

Wulfs Beitrag zur Erforschung des Umschwungs, der sich im politischen Bewußtsein eines Teiles der schleswig-holsteinischen Bevölkerung zwischen 1918 und 1932 vollzog, knüpft an vorliegende Arbeiten über die politische Meinungsbildung in Schleswig-Holstein zur Zeit der Weimarer Republik an, vor allem an die Landvolkstudien Rudolf Heberles und Gerhard Stoltenbergs. Das Handwerk — genauer hier: das selbständige Handwerk — erschien dem Verfasser als besonders geeignetes Forschungsobjekt, da es sich in Schleswig-Holstein »durch eine große Homogenität als soziale Schicht« auszeichnete, die wiederum ein »in den Grundzügen gemeinsames politisches Bewußtsein«